

Jetzt fordern auch die Jungen Lockerungen

Wegen Corona-Stress Einsamkeit, Schulprobleme, Ohnmachtsgefühle: Jugendliche leiden stark unter der Pandemie. Diese vier Massnahmen könnten ihnen helfen.

Salome Müller

Es gibt sie doch, die Lobby für junge Menschen in der Schweiz. Seit den Unruhen in St. Gallen am Osterwochenende sind zunehmend Stimmen zu hören, die für die Jugendlichen kämpfen.

Bettina Junker, Geschäftsleiterin von Unicef Schweiz und Liechtenstein, sagt: «Um Kindern und Jugendlichen das Recht auf Entwicklung zu ermöglichen, sollte man darüber nachdenken, wie man ihnen Freiheiten zugestehen und die ältere Bevölkerung trotzdem schützen kann.» Und Barbara Schmid-Federer, Präsidentin von Pro Juventute, sagt: «Die meisten jungen Menschen zeigten sich während der Pandemie mit älteren Leuten solidarisch. Jetzt müssen wir uns mit ihnen solidarisch zeigen.»

Der Leidensdruck von Kindern und Jugendlichen ist seit der zweiten Corona-Welle im Herbst gestiegen. Die Beratungsstelle 147.ch von Pro Juventute verzeichnete bei Anfragen zum Thema «Einsamkeit» einen Anstieg von 37 Prozent im Vergleich mit dem Vorjahr, beim Thema «Freunde verlieren» waren es 93 Prozent. Beratungen bei psychischen Erkrankungen haben um 40 Prozent zugenommen.

Die Fachpersonen fordern, dass die Politik handelt. Sofort. Junge Menschen sollen eine Perspektive haben, Freiräume geniessen, Mitsprache erhalten. Was heisst das konkret – gerade im Hinblick auf die Bundesrats-sitzung am Mittwoch? Wie konkret kann den Jungen in dieser Phase geholfen werden?

1 Politische Mitsprache

Das politische Mitspracherecht kann gegen die Ohnmacht helfen, die viele Jugendliche empfinden. Bettina Junker von Unicef sagt: «Junge Menschen wollen ihre Zukunft mitprägen und mitgestalten. Wir Erwachsenen sollten ihnen auf Augenhöhe begegnen und mit ihnen, statt über sie reden.»

Die Jungparteien der Grünen, Grünliberalen, SP, Mitte und EVP haben in einem offenen Brief an den Bundesrat einen Beirat gefordert. Dieser soll aus Vertreterinnen und Vertretern aller Jungparteien, Jugendverbände und anderen Organisationen bestehen und bei der Bewältigung der Pandemie involviert sein. Tobias Vögeli, Co-Präsident der



Sie sind für die Heranwachsenden Highlights und geben ihnen Struktur: Jährliche Anlässe wie das Open Air St. Gallen von 2019. Foto: Oskar Moyano

«Die psychosoziale Versorgung junger Menschen ist elementar.»

Bettina Junker
Geschäftsleiterin von Unicef Schweiz und Liechtenstein

Jungen GLP Schweiz, sagt: «Wir wollen gemeinsam mit dem Bundesrat Lösungen finden, wie man die Stimmen der Jungen besser einbinden kann.» Die Stimmen könnten auch im Rahmen der Vernehmlassungsverfahren eingeholt werden.

2 Mögliche Lockerungen

Kinder und Jugendliche brauchen eine Perspektive. Sie brauchen die Aussicht, dass die Krise endet. Und das Gefühl, dass sie auch während der Pandemie einen Platz in der Gesellschaft haben.

Vögeli von der Jungen GLP sagt: «Hilfreich wäre ein Zeitplan, der aufzeigt, was für sie unter welchen Umständen wieder möglich sein könnte.»

Die Jungparteien fordern im offenen Brief, dass Lockerungsschritte für Jugendliche erwägt werden – unter strenger Test- und Tracingstrategie. Zum Beispiel an Hochschulen, in Hallenbädern, Sportanlagen. Vögeli sagt: «Wenn die Massentests institutionalisiert sind, wird dies auch eher zu einer Abflachung der Infektionen führen.»

Der Bundesrat hatte per 1. März erlaubt, dass junge Menschen bis 20 Jahre sportliche und kulturelle Aktivitäten ausüben dürfen. Junker von Unicef und Schmid-Federer von Pro Juventute schlagen vor, die Altersgrenze anzuheben – auf 25 Jahre.

Barbara Schmid-Federer sagt, man müsse kreativ werden. «Warum nicht bei den Lockerungen zuerst einen Grossanlass nur für Jugendliche und junge Er-

wachsene durchführen, mit strikter Testpflicht?» Jährliche Anlässe wie die Open Airs im Sommer seien für Jugendliche jeweils ein Highlight. Fallen sie weg, fallen auch die Strukturen weg, in denen sich Heranwachsende bewegen.

3 Psychologische Soforthilfen

Die Jugendpsychiatrien sind komplett ausgelastet, niederschwellige Beratungsangebote sind oftmals zu wenig bekannt. Die Jungparteien schreiben im Brief: Es braucht ein grösseres Hilfsangebot und Unterstützung für Jugendliche mit psychischen Problemen.

Im Dezember hat das Parlament einen Bundeskredit zur Stärkung des Kinderschutzes und der Förderung der Kinderrechte gesprochen: zwei Millionen Franken. Doch Barbara Schmid-Federer sagt: «Es braucht mehr Geld.» Ein Drittel der jüngeren Schülerinnen und Schüler sei in der Pandemie abgehängt worden. Schulpsychologische

und heilpädagogische Dienste müssten ausgebaut werden. Bettina Junker von Unicef sagt, auch Kantone und Gemeinden müssten investieren: «Die psychosoziale Versorgung junger Menschen ist elementar.»

4 Berufsbegleitung stärken

Jugendliche, die besonders verletzlich sind, werden von der Pandemie hart getroffen. Sie stehen häufig vor dem Übergang in die Berufsbildung oder befinden sich im Bewerbungsprozess, sie fühlen sich orientierungslos. Oder sie sind bereits in der Berufsbildung, wo sich Lücken bei ihrer Bildung auftun. Oder sie haben weder eine Ausbildung noch eine Arbeit und drohen sozial ausgeschlossen zu werden.

Es gibt Lösungsansätze. Die Junge GLP hat im vergangenen Jahr eine Überbrückungsrente für Junge vorgeschlagen. Lehrbetriebe und Arbeitgeber von jungen Angestellten sollen jenen Betrag des Corona-Kredits nicht

zurückzahlen müssen, der den Lohnkosten für die Auszubildenden entspricht. Kantonale Berufsbildungsämter sollen mit Unternehmen in Kontakt treten und sie motivieren, Lehrstellen zu schaffen. Und der Bund soll einmalig 150 Millionen Franken sprechen, damit Lernende in Lehrbetrieben mit finanziellen Schwierigkeiten die Ausbildung beenden können.

Die Jungen Grünen schlagen eine Pflicht für Unternehmen vor, Ausbildungsplätze zu erhalten, sofern sie Finanzhilfe von Bund und Kantonen bekommen. Es sollen Bildungsgutscheine für arbeitslose Junge eingeführt, der Leistungsdruck in der Ausbildung verringert werden – durch angepasste Abschlussprüfungen, längere Fristen, mehr Freizeit.

Die Jungparteien schreiben im offenen Brief: «Wir möchten diese Krise gemeinsam meistern. Über einen Austausch mit dem Bundesrat würden wir uns sehr freuen.» Sie warten auf eine Antwort.